



**Katja Keul MdB**

Parlamentarische Geschäftsführerin/Sprecherin für Rechtspolitik  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Katja Keul MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Erich Marks  
DPT – Deutscher Präventionstag  
gemeinnützige GmbH  
Siebstraße 4  
30171 Hannover

Berlin, 06.09.2017

**Bundestagsbüro**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Fon: 030 227 71664  
Fax: 030 227 76591

Mail: [katja.keul@bundestag.de](mailto:katja.keul@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro**  
Wallstraße 2a  
31582 Nienburg

Fon: 05021 922 925 5  
Fax: 05021 922 925 6

Mail: [katja.keul@wk.bundestag.de](mailto:katja.keul@wk.bundestag.de)

## **Ihr Schreiben vom 18. Juli 2017: Präventionsstrategie der Partei Bündnis 90 / Die Grünen**

Sehr geehrter Herr Marks,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 18. Juli 2017 an die Bundesgeschäftsstelle in der Sie nach der Präventionsstrategie meiner Partei sowie konkreten Umsetzungsvorschlägen fragen.

Prävention und Opferschutz haben für uns einen sehr hohen Stellenwert. Deshalb hat unsere Bundestagsfraktion im November 2016 – als bislang einzige – einen Antrag zu Prävention von gewaltbereitem Islamismus in den Bundestag eingebracht und in einem Positionspapier außerdem ausführlich das grüne Konzept für eine bundesweite Präventionsstrategie erklärt ([https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag\\_de/fraktion/beschluesse/161018\\_Beschluss\\_Gewaltbereiter\\_Islamismus.pdf](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/161018_Beschluss_Gewaltbereiter_Islamismus.pdf))

Deutschland ist ein sicheres Land und es soll sicher bleiben. Grundlage dafür sind unsere freie Gesellschaft und ein liberaler Rechtsstaat – beide wollen wir stärken. Nur demokratisch kontrollierte Institutionen, die den Menschen- und BürgerInnenrechten verpflichtet sind, genießen das Vertrauen der BürgerInnen. Nur ein freiheitlicher und damit starker Rechtsstaat garantiert den nötigen Schutz wie auch Freiraum für die Selbstbestimmung und die vielfältigen



Lebensweisen jeder und jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft. Eine maßlose Politik immer weitreichenderer Grundrechtseingriffe schwächt hingegen unsere Freiheit und sorgt nicht für mehr Sicherheit. Stattdessen braucht es eine Politik der inneren Sicherheit, die auf wirksame Prävention und effektive Strafverfolgung setzt, um die Menschen vor Kriminalität, Gewalt und Diskriminierung zu schützen. Aufgabe der Sicherheitsinstitutionen ist es dabei, für die Rechte der BürgerInnen einzutreten und neue wie alte Gefahren für Freiheit und Sicherheit wirksam zu bekämpfen.

Neben der Strafverfolgung sind die Kriminalprävention und der Opferschutz Kernaufgaben der Polizei und anderer staatlicher Behörden. Zentrale Fragestellung für alle bei der Bundestagswahl antretenden Parteien sind somit auch entscheidende Aufgaben zur Verhütung von Verbrechen, Schutz von Kriminalitätsoptionen und Hilfen für Betroffene nach Katastrophen und großen Schadensereignissen aber auch frühzeitige Intervention zur Verhinderung extremistischer und terroristischer Lebensprofile islamistischer Gewalttäter.

### **Prävention im Bereich Islamismus**

Um Kinder und junge Jugendliche bereits im Schulalter aufzufangen, Um Kinder und junge Jugendliche vor dem Abgleiten in Extremismus und Terrorismus zu bewahren werben wir schon lange für mehr Präventionsarbeit als integralen Teil einer effektiven Strategie für Innere Sicherheit. Wir müssen alles, tun, damit junge Menschen nicht in menschenverachtende, Gewalt propagierende Ideologien abgleiten. Radikalisierung muss dort bekämpft werden, wo sie entsteht. Gleichzeitig muss Identifikation mit der freien, toleranten und vielfältigen Gesellschaft unterstützt werden, die Diskriminierungen aus rassistischen Gründen, aufgrund der Herkunft, der Religion oder Weltanschauung oder sexuellen Identität klar entgegentritt. Die Bundesregierung muss hier endlich ihre Passivität



überwinden und sich aktiv an einer bundesweiten Präventionsstrategie beteiligen. In diesem Zusammenhang soll ein bundesweites Präventionszentrum die Arbeit von Bund, Ländern und Kommunen koordinieren und mit der Zivilgesellschaft vernetzen. Zu Prävention und Deradikalisierung müssen Sicherheitsbehörden stärker mit zivilgesellschaftlichen Trägern zusammenarbeiten. Und generell gilt: Gute Schulen und eine starke Kinder- und Jugendhilfe trocknen den Nährboden für Radikalisierung aus, wenn sie Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen verringern. Auch Moscheegemeinden und im besonderen Imame sind in der Verantwortung, zu kooperieren und ihren Beitrag zur Prävention und Verhinderung von Radikalisierung von Jugendlichen zu leisten.

Wir fordern daher

- Prävention muss endlich integraler Teil der Sicherheitspolitik werden
- Ein bundesweites Präventionszentrum, das die Arbeit von Bund, Länder und Kommunen und Zivilgesellschaft vernetzt und koordiniert
- Eine Bildungsoffensive in Kitas und Schulen, damit sie den Herausforderungen einer vielfältigen Gesellschaft gerecht werden.
- Die Förderung von Demokratie- und Medienkompetenz junger Menschen. Hierfür muss die Kooperation der Bundeszentrale für politische Bildung mit Schulen und Jugendhilfeträgern noch weiter ausgebaut werden.
- Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus, als auch gewaltbereiten Islamismus und Salafismus massiv auszubauen und Beratungsstellen, Jugendverbänden und aufsuchender Jugendarbeit zu stärken.

### **Einbruchsprävention**



Kriminalitätsfelder wandeln sich. Während die Kriminalität insgesamt sinkt, verunsichern andere Phänomene wie die hohen Einbruchszahlen viele Menschen, da sie hier konkret in ihrer Lebenswirklichkeit getroffen werden. Daher wollen wir, dass die viel zu niedrige Aufklärungsquote verbessert und Prävention stärker gefördert wird. Deshalb fordern wir mehr Personal sowie bessere Ausstattung und Spezialisierung für die Polizei. Außerdem wollen wir mehr staatlich geförderte Investitionen in passiven Einbruchschutz und eine Reform des Mietrechts, um das Entstehen einer Zwei-Klassen-Sicherheit zu verhindern. Wir unterstützen außerdem die Forderungen der Polizei nach Kriminalprävention durch bauordnungsrechtliche Maßnahmen auf Landesebene. Dies erhöht die Entdeckungs- und Verurteilungswahrscheinlichkeit bei den Tätern und schreckt sie dadurch viel wirksamer ab als das durch die populistische und im Wortsinne billige Strafverschärfungspolitik der Unions-SPD-Koalition je geschehen wird. Wenn die Polizei Anhaltspunkte für eine bandenmäßige Begehung hat, ist eine Telekommunikationsüberwachung schon jetzt möglich. Wir setzen auf wirksame Maßnahmen zur Einbruchsprävention anstatt auf symbolische Strafverschärfungen.

### **Kriminalprävention**

Opferschutz und Kriminalprävention müssen im Fokus stehen. Opfer von Straftaten und anderen Gewalttaten müssen vom Staat und der Allgemeinheit mehr Berücksichtigung finden, was sich auch in der Entschädigung niederschlagen muss. Wir sprechen uns daher für eine Reform des Opferentschädigungsgesetzes aus. Es kann beispielsweise nicht sein, dass Opfern von Gewalttaten grundsätzlich kein Anspruch nach dem Opferentschädigungsgesetz zusteht, wenn die Tat mittels eines Kraftfahrzeugs verübt wurde. Der Anschlag am Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016 mit einem LKW



hat gezeigt, dass diese Regelung nicht angemessen ist und alle Opfer – unabhängig von der eingesetzten Tatwaffe – schnelle Entschädigung und anderweitige Leistungen erhalten müssen. Außerdem wollen wir das Gewaltschutzgesetz ergänzen, sodass auch alle möglichen Formen von Nachstellung (Stalking) erfasst werden können.

Mit freundlichen Grüßen,  
Katja Keul